

Editorial

Verfassung zwischen Malaise und Update

1964 erschien in Zürich ein dünnes Büchlein von 47 Seiten mit dem Titel «Helvetisches Malaise». Ihr Verfasser, der Basler Staatsrechtsprofessor Max Imboden, äusserte darin Grundsatzkritik am eingefrorenen politischen System der Schweiz. Im 19. Jahrhundert sei die Schweiz eine revolutionäre Nation gewesen, nun aber eine der konservativsten der Welt, konstatierte Imboden. Mit dem Begriff «Malaise» bezeichnete er eine «seltsame Mittellage zwischen ungebrochener Zuversicht und nagendem Zweifel». Der Wille der Bevölkerung sei zwar noch immer «auf Bejahung gerichtet», so Imboden, «aber es stellen sich ihm aus einem schwer durchdringbaren Halbdunkel entscheidende Hindernisse entgegen».

Der staatspolitische Weckruf des durch und durch bürgerlich-liberalen Professors und FDP-Politikers, der ein Jahr später zum ersten Präsidenten des Schweizerischen Wissenschaftsrats gewählt wurde, war entscheidend für die Auslösung des Verfahrens der Totalrevision der Bundesverfassung, die schliesslich zur heute geltenden Verfassung von 1999 führte.

Innovative Kantone

Wer dieses Jahr die Feierlichkeiten und die mediale Berichterstattung zum 175-Jahr-Jubiläum der Schweizer Bundesverfassung mitverfolgt, mag sich an das «Malaise» im Sinne Imbodens erinnern fühlen. Denn wie in den frühen 1960er-Jahren spielen verfassungsrechtliche Grundsatzdiskussionen auf nationalem Politparkett heute kaum eine Rolle. Die geltende Bundesverfassung ist vielmehr zu einem Hort der Stabilität geworden, in dem es sich zwar einigermaßen behaglich einrichten lässt, der aber wenig Platz für institutionelle Zukunftsgestaltung bietet (siehe den Beitrag von Numa Graa, S. 21).

Richten wir unseren Blick von der nationalen auf die kantonale Ebene, ändert sich das Bild. Immerhin zwölf der 26 Kantonsverfassungen – laufende Revisionsprozesse in den Kantonen Wallis und Appenzell Innerrhoden mitgezählt – stammen aus dem neuen Jahrtausend und enthalten, insbesondere in urbanen Kantonen wie Genf, Basel-Stadt oder Zürich, progressive Elemente, beispielsweise in den Bereichen Umweltschutz, Inklusion oder Familienförderung (siehe

den Beitrag von Kurt Nuspliger, S. 29). Aus diesen Erfahrungen liesse sich auch für die nationale Ebene einiges lernen. Davon sind auch Daniel Graf und Michel Huissoud, die Initianten der Volksinitiative für eine zeitgemässe Bundesverfassung «Update Schweiz», überzeugt (siehe Interview, S. 58).

Wissenschaft beinhaltet mehr als Forschung und Innovation

Das «helvetische Malaise» flackert derzeit vielerorten auf, zum Beispiel auch im Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Die Wissenschaftsforscherin Alexandra Hofmänner hat dieses Verhältnis unlängst mit klarem Blick analysiert («Das Verhältnis von Wissenschaft und Staat in der Schweiz», Schwabe, 2023) und vorgeschlagen, einen breit verstandenen Begriff von Wissenschaft in der Verfassung zu verankern; denn die wesentlichen Fragen unserer Zeit würden weniger die Forschung und die Innovation betreffen, sondern ganz grundsätzlich den Umgang mit dem zur Verfügung stehenden Wissen.

Dieses Verständnis von der Funktion von Wissenschaft in der Gesellschaft steht im Einklang mit der strategischen Mehrjahresplanung der Akademien der Wissenschaften Schweiz, die sich weiter in Richtung einer unabhängigen Plattform für den Dialog mit Politik und Gesellschaft entwickeln und so eine wissenschaftlich abgestützte nationale Nachhaltigkeitspolitik mitgestalten möchten. Die SAGW leistet ihren Beitrag dazu, aktuell mit der Publikation «Wege zu einem nachhaltigen Konsum» (siehe Vorschau, S. 73), deren 20 Beiträge zur Reflexion über unsere Alltagspraxis des Konsumierens einladen und Forschende aus allen Disziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften dazu ermutigen sollen, sich den Herausforderungen einer nachhaltigen Transformation anzunehmen.

Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre – mögen Sie sich dabei ganz «à l'aise» fühlen!

Heinz Nauer
Redaktor

